



Niemand möchte die Demokratie abschaffen – Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen

Ergebnisse einer repräsentativen Studie

Viola Neu

- › Niemand möchte die Demokratie abschaffen. Der Aussage: „Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft“ stimmten gerade einmal 4 Prozent zu.
- › Gleichheit, Chancengerechtigkeit und Freiheit werden als besonders wichtig erachtet. Nivellierende sozialstaatliche Eingriffe sind von geringer Bedeutung. Materielle Gleichheit hat im Gegensatz zu Chancengleichheit und -gerechtigkeit einen geringen Stellenwert.
- › Zweifel bestehen bei der Frage, ob alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden.
- › Es gibt ein großes Vertrauen in die Polizei.
- › Befragte aus den neuen Ländern zeigen in allen Fragen größere Zurückhaltung, Misstrauen und Skepsis. Mit großem Abstand finden sich diese Haltungen am stärksten bei AfD-Anhängern.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat.....	2
Gewährleistung von Grundrechten durch die Demokratie.....	7
Vertrauen in Institutionen.....	9
Schlussbemerkung.....	10
Impressum	12

Einleitung

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, dürfte die berühmteste Aussage des jüngst verstorbenen Staatsrechtlers und Richters am Bundesverfassungsgericht, Ernst-Wolfgang Böckenförde¹ sein.

Nicht umsonst wird das Zitat häufig bemüht, um auf ein zentrales Demokratieproblem hinzuweisen: Der demokratische Verfassungsstaat ist sowohl auf die freiwillige Zustimmung zu seinen Werten angewiesen als auch auf das Einhalten seiner Normen. Aber er ist auch davon abhängig, dass die Bürger sich beteiligen und die Spielregeln akzeptieren.

Viele Debatten und Artikel, die sich mit populistischen oder extremistischen Phänomenen auseinandersetzen, implizieren, dass solche Phänomene mit Krisenanzeichen der Demokratie einhergehen. Diese können sich auf institutioneller Ebene zeigen, z.B. wenn staatliche Institutionen ihre Funktionsfähigkeit einbüßen. Sie können sich aber auch in den Einstellungen zur Demokratie widerspiegeln. Die Einstellungen² gegenüber Demokratie, Grundwerten und Institutionen stehen im Zentrum der Analyse.

Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat

Der wesentliche Befund vorweg: Niemand möchte die Demokratie abschaffen. Der Aussage: „Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft“ stimmten gerade einmal 4 Prozent zu („stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“).

Und hier sind auch die Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften ausgesprochen gering. Damit kann nur eine nicht relevante Minderheit mit einem nicht demokratischen System in Verbindung gebracht werden.

Doch mündet dies nicht automatisch in eine grenzenlose Demokratiezufriedenheit. Insgesamt sind 37 Prozent mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, sehr oder ziemlich zufrieden. 45 Prozent antworten mit teils/teils. Nur eine Minderheit zeigt eine ausgesprochene Unzufriedenheit (ziemlich oder sehr unzufrieden sind 18 Prozent). Doch nehmen hier die Anhängerschaften der Parteien stark polarisierende Positionen ein: Mit Abstand am zufriedensten sind mit 53 Prozent die Anhänger der Union. Bei der Anhängerschaft der AfD findet sich gerade einmal eine Minderheit von 10 Prozent, die sich mit der bestehenden Demokratie zufrieden zeigt. Mit 19 Prozent ist die Demokratiezufriedenheit der Anhänger der Linken ebenfalls auf einem niedrigen Niveau. Doch ist die Demokratiezufriedenheit in den neuen und alten Ländern sehr unterschiedlich verteilt: Während in den alten Ländern 40 Prozent mit der Demokratie zufrieden sind, halbiert sich das Niveau in den neuen Ländern auf 22 Prozent. Und auch diejenigen, die sich unzufrieden äußern, sind mit 29 Prozent in den neuen Ländern eine nicht zu übersehende Größe.

Niemand möchte
Demokratie
abschaffen.

Tabelle 1: Angaben in Prozent

Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, teils zufrieden/ teils unzufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?

	Sonntagsfrage						
	Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B'90/ Grüne	FDP	Linke	AfD
Sehr zufrieden	10	14	16	10	9	4	4
Ziemlich zufrieden	27	39	29	37	30	15	5
Teils, teils	45	41	46	45	45	61	29
Ziemlich unzufrieden	11	5	7	7	10	11	34
Sehr unzufrieden	6	1	2	2	6	8	27

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018

Tabelle 2: Angaben in Prozent

Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, teils zufrieden/ teils unzufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?

	Gesamt	West	Ost
Sehr zufrieden	10	10	6
Ziemlich zufrieden	27	30	16
Teils, teils	45	44	49
Ziemlich unzufrieden	11	10	16
Sehr unzufrieden	6	5	12

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018

Die unterschiedlichen Rechte, die Freiheit, Gleichheit und Chancengerechtigkeit umfassen, sowie das Sozialstaatsgebot, stehen im demokratischen Verfassungsstaat in einem Spannungsverhältnis zueinander, da eine Überbetonung eines Rechtes mit Einschränkungen anderer Rechte einhergeht. So wird zwar die Freiheit des Eigentums in Art. 14 GG gewährleistet, doch gibt es die Möglichkeit von gemeinwohlorientierten Enteignungen (bei Entschädigung), was zuletzt in Berlin bei der geplanten Enteignung von Wohnungen diskutiert wird. Das Sozialstaatsgebot (Art. 20 GG) entfaltet kein unmittelbares Recht und ist damit kein individuell einklagbares Grundrecht. Ausmaß und Wesen des sozialstaatlichen Handelns unterliegen politischen Prozessen bis hin zur Rechtsprechung, müssen also im Wesentlichen ausgehandelt werden. Da die sozialstaatliche Ausgestaltung jedoch dem Bereich der Gleichheitsrechte zugeordnet werden kann, wurde der Fragekatalog erweitert. Fehlende Konkretisierungen der wirtschaftlichen Verfasstheit der Bundesrepublik sind Folge unterschiedlicher Auffassungen in der verfassungsgebenden Versammlung (dem parlamentarischen Rat), die keine Einigung erzielen konnte.

Eine Demokratie muss darauf bauen, dass die von ihr geschützten Rechte auch von den Bürgern als wichtig angesehen werden. Dies gilt insbesondere für die Grundrechte. Daher haben wir einerseits nach der Wichtigkeit von Grundrechten in der Gesellschaft gefragt, andererseits auch nach möglichen politischen Zielen sozialstaatlichen Handelns.

In unserer Umfrage zeigt sich, dass die Befragten Gleichheit, Chancengerechtigkeit und Freiheit gleichermaßen als besonders wichtig für die Gesellschaft, in der sie leben, erachten. Die im Grundgesetz verankerte Wertesynthese spiegelt sich somit auch im Empfinden der Bürger wider und die gleichzeitige hohe Bedeutung dieser demokratischen Prinzipien ist somit fest verankert.

Gleichheit, Chancengerechtigkeit und Freiheit sind besonders wichtig.

Etwa neun von zehn Befragten halten es für sehr wichtig, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden und Männer und Frauen die gleichen Rechte haben. Chancengleichheit bei der schulischen Ausbildung nennen 87 Prozent und 86 Prozent halten es für sehr wichtig, dass jeder seine Meinung frei äußern kann. 81 Prozent stimmen auch der Aussage zu, dass „man das Recht hat, den Beruf zu ergreifen, den man möchte“.

Auf einem leicht niedrigeren, dennoch hohen Zustimmungsniveau befinden sich die Glaubensfreiheit, die Presse- und Forschungsfreiheit sowie die Verfügungsgewalt über Eigentum³. Diese Grundgesetzartikel halten ca. drei Viertel der Wahlberechtigten für sehr wichtig.

Für etwa zwei Drittel der Befragten ist die freie Entfaltung der Persönlichkeit (hier gemessen daran, dass man in seiner Freizeit tun und lassen kann, was man möchte), die Reisefreiheit und das Demonstrationsrecht von großer Bedeutung.

Nivellierende sozialstaatliche Maßnahmen halten hingegen deutlich weniger Befragte für sehr wichtig. 61 Prozent stimmen zu, dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährt wird. Am Ende der Skala steht mit einer Nennungshäufigkeit von 44 Prozent, dass Einkommensunterschiede möglichst gering gehalten werden. Damit hat die materielle Gleichheit im Gegensatz zur Chancengleichheit und -gerechtigkeit einen geringen Stellenwert.

Sozialstaatlich nivellierende Eingriffe haben wenig Bedeutung.

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind marginal.⁴ In den am wichtigsten erachteten Themen sind sich die Deutschen völlig einig. Doch gibt es bei einigen Themen leichte Differenzen, die nach wie vor die unterschiedlichen Sozialisationsmuster, Erfahrungswelten und politische Präferenzen erkennen lassen. Bei einigen scheint der lange Arm der SED noch zu greifen. Besonders stark sind – erwartungsgemäß – die Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern in der Frage der politischen Gestalt des Sozialstaats. Die Bürger in den neuen Ländern präferieren deutlich stärker eine umfassende staatliche Absicherung (+9 Prozentpunkte) sowie möglichst geringe Einkommensunterschiede (+14 Punkte). Allerdings rangieren auch diese politischen Vorstellungen am unteren Ende der Skala.

In den neuen Ländern hat der Aspekt der Freizügigkeit, gemessen an der Reisefreiheit, einen geringeren Stellenwert als im Westen (-12 Punkte). Auch Glaubensfreiheit wird seltener als sehr wichtig erachtet (-9 Punkte). Das Recht, den Beruf zu ergreifen, den man möchte, ist in den neuen Ländern ebenso etwas weniger wichtig (-6 Punkte). Um 5 Punkte niedriger fällt die Zustimmung zur freien Meinungsäußerung aus.

Auch im Zeitverlauf ergeben sich einige bemerkenswerte Entwicklungen. Zunächst wurde die Skala 1999 nur in den neuen Ländern abgefragt und für die Jahre 2005, 2009 und 2018 liegen Trenddaten für die Bundesrepublik vor.

Interessanterweise haben alle abgefragten Aussagen im Zeitverlauf einen Bedeutungszugewinn erfahren. Dieser fällt in einigen Fällen moderat aus, in anderen aber deutlich. Bei den Rechten, die bereits bei früheren Befragungen einen sehr hohen Stellenwert hatten, ist der Zuwachs moderat. Steigerungen über 20 Prozentpunkte weisen nur wenige Themen auf. Die Bedeutung von Presse- und Forschungsfreiheit ist in beiden Landesteilen deutlich gestiegen. Im Westen um 20 Punkte, im Osten sogar um 27 Punkte. In den neuen Ländern hat das Demonstrationsrecht einen Zuwachs von 23 Punkten erhalten. Auffällig ist, dass sozial nivellierende Forderungen vor allem im Westen angestiegen sind: Die umfassende soziale Absicherung durch den Staat um 29 Punkte und möglichst geringe Einkommensunterschiede um 22 Punkte. Zwar liegen beide Forderungen im Westen immer noch auf den letzten Plätzen, ein Bedeutungsaufschwung ist jedoch nicht zu übersehen.

Wichtigkeit von
Presse- und For-
schungsfreiheit
gestiegen

Tabelle 3: Angaben in Prozent

Aussagen zu Demokratie und Sozialstaat

Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Punkte für Sie in der Gesellschaft, in der Sie leben, persönlich sehr wichtig, wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig sind. Wie wichtig ist Ihnen, dass ...?

	Gesamt			Ost				West		
	Sehr wichtig	Besonders wichtig	2005	Sehr wichtig	Besonders wichtig			Sehr wichtig	Besonders wichtig	2005
	2018	2009	2005	2018	2009	2005	1999	2018	2009	2005
alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden	91	88	87	89	88	86	85	91	88	87
Männer und Frauen die gleichen Rechte haben	89	83	76	89	83	78	77	89	83	75
alle Menschen die gleichen Chancen bei der schulischen Ausbildung haben	87	85	81	88	86	84	83	87	85	81
jeder seine Meinung frei äußern kann	86	82	79	82	74	70	72	87	84	82
man das Recht hat, den Beruf zu ergreifen, den man möchte	81	70	66	76	63	57	61	82	72	68
jeder glauben kann, woran er möchte	76	64	67	68	57	63	60	77	67	68
die Presse und die Forschung frei sind	75	55	54	72	48	48	45	76	58	56
man völlig frei über sein Eigentum verfügen kann	74	77	67	77	72	64	67	74	79	67
man in seiner Freizeit tun und lassen kann, was man möchte	67	58	51	63	52	44	48	68	59	53
man reisen kann, wohin man will	66	51	55	56	53	42	45	68	41	58
man das Recht hat, für seine Meinung zu demonstrieren	65	51	52	68	45	35	45	64	53	53
vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird	61	59	32	68	66	42	62	59	57	30
Einkommensunterschiede möglichst gering gehalten werden	44	40	23	56	47	33	44	42	37	20

1999 wurde nur in Ostdeutschland eine Umfrage durchgeführt

Fehlende Werte zu 100%: Andere Angaben

Quelle: Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.; 2018, 2009, 2005, 1999

In der Bewertung der einzelnen Rechte und Forderungen bestehen im Großen und Ganzen auch zwischen den Anhängerschaften der Parteien weitgehende Übereinstimmungen. Dennoch gibt es zum Teil bei einzelnen Themenfeldern deutliche Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften.

Am stärksten sind die Unterschiede bei der Frage nach der Verfügungsgewalt über das Eigentum. Einer völlig freien Verfügung über sein Eigentum stimmen die AfD-Anhänger am stärksten zu, während die Anhänger der Linken erwartungsgemäß die schwächste Zustimmung zeigen (26 Punkte). Das Demonstrationsrecht genießt ebenfalls bei den Anhängern der AfD die vergleichsweise höchste Wichtigkeit, bei den Anhängern der Union die niedrigste (22 Punkte).

In der Frage nach einer möglichst umfassenden staatlichen sozialen Absicherung ist der Abstand zwischen Anhängern der Linken und der AfD am größten (20 Punkte), während erstere passend zur Positionierung der Partei den höchsten Zustimmungswert aufweisen. In der Frage nach der Nivellierung der Einkommensunterschiede verläuft die Trennlinie zwischen der Union und der Linken (20 Punkte), wobei auch hier die Linke diesem Ziel vorhersehbar die größere Bedeutung beimisst.

Chancengleichheit in der Ausbildung genießt bei SPD- und Linken-Anhängern gegenüber AfD-Anhängern einen um 18 Punkte höheren Stellenwert. In der Frage der Glaubensfreiheit liegt die Wichtigkeit bei Anhängern der Grünen um 18 Punkte höher als bei der AfD. Gleich groß, nur umgekehrt in der Wertschätzung, ist die Wichtigkeit, in seiner Freizeit tun und lassen zu können, was man möchte, als Aspekt der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Hier liegen die AfD-Anhänger 18 Punkte vor den Anhängern der Grünen. Dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden, ist den AfD-Anhängern um 16 Punkte unwichtiger als den Anhängern der SPD.

Anhänger der Parteien bewerten Stellenwert von Rechten sehr unterschiedlich.

Tabelle 4: Angaben in Prozent

Aussagen zu Demokratie und Sozialstaat

Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Punkte für Sie in der Gesellschaft, in der Sie leben, persönlich sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig sind. Wie wichtig ist Ihnen, dass ...?

Anteile „sehr wichtig“	Sonntagsfrage						
	Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B'90/ Grüne	FDP	Linke	AfD
alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden	91	89	96	94	94	94	80
Männer und Frauen die gleichen Rechte haben	89	86	90	95	92	93	87
alle Menschen die gleichen Chancen bei der schulischen Ausbildung haben	87	85	93	91	84	93	75
jeder seine Meinung frei äußern kann	86	82	90	89	91	83	91
man das Recht hat, den Beruf zu ergreifen, den man möchte	81	79	84	83	81	76	76
jeder glauben kann, woran er möchte	76	77	82	83	79	72	65
die Presse und die Forschung frei sind	75	72	81	83	85	81	70

Sonntagsfrage

Anteile „sehr wichtig“	Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B'90/ Grüne	FDP	Linke	AfD
man völlig frei über sein Eigentum verfügen kann	74	80	77	62	85	55	88
man in seiner Freizeit tun und lassen kann, was man möchte	67	66	70	62	74	63	80
man reisen kann, wohin man will	66	69	70	69	68	57	58
man das Recht hat, für seine Meinung zu demonstrieren	65	56	68	74	67	74	78
vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird	61	56	68	59	44	72	52
Einkommensunterschiede möglichst gering gehalten werden	44	38	54	39	36	58	44

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018

Gewährleistung von Grundrechten durch die Demokratie

In einem weiteren Schritt haben wir exemplarisch einige dieser Aussagen danach getestet, ob sie für Deutschland zutreffen. Vor allem bei der Meinungsfreiheit und der Presse- und Forschungsfreiheit gehen etwa acht von zehn Befragten davon aus, dass dies auf Deutschland zutrifft. Dass der Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet, sehen 75 Prozent der Befragten. Größere Zweifel bestehen bei der Frage, ob alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden. Dies sehen nur 63 Prozent für Deutschland als zutreffend an.

Doch fallen in ihren Einstellungen vor allem zwei Anhängerschaften auf, bei denen Skepsis und Zweifel stark verbreitet sind: die der AfD und die der Linken. Gerade einmal ein Drittel der AfD-Anhänger glaubt, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden. Hier besteht zwischen den Anhängerschaften der anderen Parteien eine große Kluft. Gerade einmal 44 Prozent der Anhänger der AfD sind der Meinung, man könne seine Meinung frei äußern. Auch hier bilden sie die einzige Anhängerschaft mit einer klar ablehnenden Position. Vergleichbar niedrig ist mit 46 Prozent die Zustimmung zu der Aussage, dass Presse und Forschung frei sind. Auch hier bildet die AfD-Anhängerschaft die einzige Gruppe, mit einer solchen starken Skepsis. Nur bei der Frage, ob der Staat eine möglichst umfassende Absicherung gewährleistet, ist die Anhängerschaft der Linken sehr zurückhaltend (56 Prozent), doch dicht gefolgt von der Anhängerschaft der AfD, die dies zu 64 Prozent gewährleistet sieht.

Damit zeichnet sich die Anhängerschaft der AfD in allen Bereichen mit der größten Skepsis an demokratischen oder sozialstaatlichen Prinzipien und deren Gewährleistung aus, was auf ihre generell ablehnende Haltung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen zurückzuführen ist.⁵ Davon abweichend sieht man bei der Linken, dass ihre sozialpolitischen Maßstäbe wesentlich höher liegen, was aufgrund der programmatischen Positionierung der Partei nicht wundert.

Dabei teilen die Anhänger der AfD in den neuen und den alten Ländern die gleichen Einstellungsmuster. Nur in ganz wenigen Bereichen gibt es in den Einstellungen leichte Unterschiede: In den alten Ländern wird die Reisefreiheit von den AfD-Anhängern dort für wichtiger gehalten als in den neuen Ländern. Dort werden hingegen innerhalb der AfD-Anhängerschaft die materiell nivellierenden Maßnahmen mehr geschätzt.

Anhänger der AfD sind
am skeptischsten.

Aber auch die Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern sind bei Fragen nach der Realisierung einzelner Prinzipien und Forderungen auffällig. In den neuen Ländern herrscht generell eine größere Skepsis und dies unabhängig von der getesteten Aussage. Sie glauben um 14 Punkte seltener als die Westdeutschen, dass Presse und Forschung frei sind; um 11 Punkte niedriger fällt die Zustimmung zu der Aussage aus, dass jeder seine Meinung sagen kann; um 9 Punkte schwächer fällt die Zustimmung zur Gleichbehandlung vor dem Gesetz aus und um 7 Punkte geringer die positiven Aussagen zur Realisierung umfassender staatlicher Absicherung.

Die Niveauunterschiede zwischen den neuen und alten Ländern sind jedoch nicht neu. Generell zeichnen sich die Ostdeutschen schon immer durch eine etwas größere Zurückhaltung oder Skepsis aus und daher sollten die Ergebnisse nicht überinterpretiert werden.

Tabelle 5: Angaben in Prozent

Gewährleistung einzelner Grundrechte

Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr diese Aussagen auf Deutschland zutreffen.

Anteile „trifft voll und ganz“ + „trifft eher zu“	Sonntagsfrage						
	Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B'90/ Grüne	FDP	Linke	AfD
Jeder kann seine Meinung frei äußern.	82	87	91	92	81	87	44
Die Presse und die Forschung sind frei.	80	88	87	89	76	80	46
Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung.	75	83	79	80	73	56	64
Alle Menschen werden vor dem Gesetz gleich behandelt.	63	73	71	71	65	63	33

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018

Tabelle 6: Angaben in Prozent

Gewährleistung einzelner Grundrechte

Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr diese Aussagen auf Deutschland zutreffen.

Anteile „trifft voll und ganz“ + „trifft eher zu“	Gesamt	West	Ost
Jeder kann seine Meinung frei äußern.	82	84	73
Die Presse und die Forschung sind frei.	80	82	68
Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung.	75	76	69
Alle Menschen werden vor dem Gesetz gleich behandelt.	63	64	55

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018

Vertrauen in Institutionen

Politisches Vertrauen⁶ ist in der empirischen Politikforschung breit erforscht. Exemplarisch haben wir für die Judikative, Exekutive und Legislative jeweils eine Institution ausgewählt, da hier die Hierarchie der Institutionen recht stabil ist. Generell wird der Polizei das größte Vertrauen entgegengebracht, gefolgt von den Gerichten und dann folgt mit Abstand das Parlament.

Auch in unserer Umfrage folgt das Institutionenvertrauen dieser Reihenfolge. Zudem zeigt sich das auch bei den anderen Fragen dieser Umfrage sichtbare Grundmuster: Skepsis zeigt sich bei Anhängern der AfD und der Linken sowie verstärkt in den neuen Ländern. Die Unterschiede zwischen den Anhängern der anderen Parteien variieren hingegen nur um wenige Prozentpunkte. Dies spricht für einen großen Vertrauenskonsens gegenüber demokratischen Institutionen.

Besonders großes Vertrauen genießt die Polizei. Mit einem Wert von 84 Prozent ist das Vertrauen ausgesprochen hoch. Hier können selbst Anhänger der Linken und der AfD noch mehrheitlich Vertrauen bezeugen, allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau als die Anhänger aller anderen Parteien.

Polizei genießt das größte Vertrauen.

Während den Gerichten insgesamt 70 Prozent vertrauen, ist bei den AfD-Anhängern das Vertrauen in den Rechtsstaat mit 38 Prozent ausgesprochen niedrig.

Besonders drastisch sind die Unterschiede jedoch beim Vertrauen in den Deutschen Bundestag, der traditionell beim Institutionenvertrauen einen der hinteren Plätze belegt. Hier weichen die Einstellungen der Anhänger der Parteien besonders stark voneinander ab. Insgesamt sprechen 45 Prozent der Befragten dem Bundestag Vertrauen aus. Die Anhänger der Union fallen hier auf, da sie mit einem Wert von 62 Prozent die Anhängerschaft mit dem weitaus größten Vertrauen sind. Umgekehrt ist es bei der AfD. Gerade einmal 11 Prozent äußern Vertrauen. Die Linken sind zwar auch skeptisch, liegen aber mit einem Wert von 40 Prozent Vertrauensbekundung weit über dem Niveau der AfD-Anhänger.

Auch bei der Unterscheidung von West- und Ostdeutschland zeigt sich erneut die größere Zurückhaltung im Vertrauen gegenüber Institutionen. Während zum Beispiel in den alten Ländern der Polizei von 86 Prozent Vertrauen entgegengebracht wird, liegt der Wert in den neuen Ländern bei 72 Prozent. Im Falle des Vertrauens in den Rechtsstaat liegt die Differenz zwischen Ost und West bei 11 Punkten und bei der Beurteilung des Deutschen Bundestags bei 15 Punkten.

AfD-Anhänger misstrauen Bundestag.

Tabelle 7: Angaben in Prozent

Vertrauen in Bundestag, Gerichte und Polizei

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

Anteile „sehr großes Vertrauen“ + „großes Vertrauen“	Sonntagsfrage						
	Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B'90/ Grüne	FDP	Linke	AfD
Polizei	84	90	91	88	85	71	72
Gerichte	70	76	79	84	69	67	38
Deutscher Bundestag	45	62	57	55	46	40	11

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018

Tabelle 8: Angaben in Prozent

Vertrauen in Bundestag, Gerichte und Polizei

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

Anteile „sehr großes Vertrauen“ + „großes Vertrauen“	Gesamt	West	Ost
Polizei	84	86	72
Gerichte	70	72	61
Deutscher Bundestag	45	47	32

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018

Schlussbemerkung

In den Einstellungen gegenüber Demokratie und Sozialstaat, der Wichtigkeit von Grundrechten und dem Institutionenvertrauen sind sich die Deutschen weitgehend einig. Sie schätzen die grundgesetzlich garantierten Rechte und halten diese für die Gesellschaft sogar für wichtiger als früher.

Allerdings zeigen sich in zwei Gruppen Abweichungen gegenüber dem Konsens, den alle Parteianhängerschaften ansonsten teilen: Die Bürger in den neuen Ländern sind etwas, die Anhänger der AfD deutlich misstrauischer und skeptischer. Dabei unterscheiden sich die AfD-Anhänger in den alten Ländern in ihrer Einstellungsstruktur nur marginal von den Anhängern der AfD in den neuen Ländern. Wie schon bei anderen Studien zeigt dies, dass es sich nicht um ein Ost-West-Problem handelt, sondern um Einstellungsstrukturen, die lediglich regional anders verteilt sind⁷.

- 1 Ernst-Wolfgang Böckenförde: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt a.M., 1976, S. 60.
- 2 Vom 26.09.2018 bis 17.12.2018 wurden von KANTAR EMNID 5.585 telefonische Interviews mit der wahlberechtigten deutschsprachigen Wohnbevölkerung geführt. Im Dual-Frame-Verfahren wurden 20 Prozent der Interviews als Mobilfunk-Interviews geführt. Die Daten sind repräsentativ.
- 3 Artikel 4, 5 und 14,1 Grundgesetz.
- 4 In einer Reihe von Studien werden gleichermaßen Gemeinsamkeiten wie Unterschiede herausgearbeitet. In den letzten Jahren werden eher vergleichende ökonomische Studien erstellt. Die Einstellungs- und Verhaltensunterschiede werden kaum eigens untersucht. Betrachtet man lediglich die Ergebnisse der Wahl- und Meinungsforschung, sind neben den bekannten anders verteilten Parteipräferenzen vor allem Einstellungen sichtbar, die sich durch eine größere Skepsis gegenüber der Demokratie und dem Wirtschaftssystem auszeichnen. Vgl.: Katja Neller, DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006. Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen, Opladen, 2000. Hanna Kaspar, Jürgen W. Falter, Angenähert oder ausdifferenziert? Das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bei der Bundestagswahl 2005, in: Oscar W. Gabriel, Bernhard Weißels, Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009, S. 202–227. Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter (Hrsg.), Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden 2007. Die Auswertungen basieren auf einem dreiwöchigen Panel (1994, 1998 und 2002), welches die DFG unter dem Titel „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ förderte. <https://www.merkur.de/politik/ost-west-kluft-wird-kleiner-doch-unterschiede-bleiben-zr-10290118.html> (letzter Abruf: 20.03.2019); Rainer Faus, Simon Storks, Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration, o.O. 2019, OBS-Arbeitsheft 96. <https://www.tagesspiegel.de/politik/allensbach-umfrage-ostdeutsche-vertrauen-demokratie-weniger-als-westdeutsche/23900514.html> (letzter Abruf: 20.03.2019).
- 5 Vgl. Hans-Jürgen Frieß, Viola Neu: Die Heterogenität des Protests. Eine Untersuchung von Einstellungen potenzieller Protestwähler und politischem Protest im Internet, Sankt Augustin/Berlin, 2018.
- 6 Vgl. Oscar W. Gabriel, Institutionenvertrauen im Vereinigten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B54/93 1993, 3–12. Oscar W. Gabriel, Sonja Zmerli, Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 30-31/2006 S. 8–15. <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-687.pdf> (letzter Abruf: 20.03.2019).
- 7 Knut Bergmann, Matthias Diermeier, Judith Niehues, Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017, in: ZParl, 2/2018, S. 243–264.

Impressum

Die Autorin

Dr. Viola Neu wurde 1964 in Ludwigshafen/Rhein geboren und ist seit 1992 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie studierte Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht und Neuere Deutsche Philologie in Mannheim. Bis Mai 2000 war sie Leiterin der Abteilung Empirische Politikforschung, danach Leiterin des Teams Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung sowie seit 2011 Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung und seit 2017 zusätzlich stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thomas Köhler

Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3550
thomas.koehler@kas.de

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung und
Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3506
viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2019, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-550-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite

© Jochen Roose, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.